

Initiative stärken - Sozialen Ausgleich fördern

Miteinander - Füreinander

## Für eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik

### I. Unternehmensgründungen...

auch und gerade durch junge Menschen müssen stärker gefördert werden. Staat und Schule sind hier zunächst mit Aufklärungsarbeit gefordert. Zudem müssen die Buchführungsvorschriften gerade für Kleinstunternehmer weiter vereinfacht werden. Und schließlich: Wir müssen auch das Wissen unserer Senioren besser einbinden.

Bei Insolvenzen muss stärker als bislang der Grundsatz „**Sanieren geht vor Zerschlagen**“ im Vordergrund stehen. Deshalb muss das deutsche Insolvenzrecht weiter in Richtung eines Sanierungsinstruments entwickelt werden, das vor allem auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt. Ihre Leistung ist daher als Teil des Unternehmenswerts zu berücksichtigen.

Wir brauchen ein gerechtes, vor allem aber verständliches und effektives **Steuersystem**. Wer Steuern schuldet, hat sie zu zahlen. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn Steuern nicht geschuldet sind, muss der Staat sie erstatten.

### II. Die Finanzmärkte...

bedürfen schärferer Regulierung, denn eine Finanzkrise wie in den vergangenen Jahren darf sich nicht wiederholen. Die als Reaktion vorgeschlagene **Finanztransaktionssteuer** verfehlt in ihrer jetzigen Ausgestaltung aber das Ziel einer „Bändigung der Finanzmärkte“. Vielmehr haben Sparer und Rentner die Zeche zu zahlen. *Geringere* Kapitalausstattung der Banken, *mehr* Insolvenzen und der *Verlust von Arbeitsplätzen* werden ihre Folge sein – und es wird genau das eintreten, was die Steuer angeblich vermeiden will, nämlich dass die Realwirtschaft den Preis für die Finanzkrise zu zahlen hat.

Bei der **Vergütung der Manager** von börsennotierten Aktiengesellschaften müssen die Mechanismen beseitigt werden, die eine „Selbstbedienung aus der Unternehmenskasse“ zu Lasten von Aktionären und Arbeitnehmern ermöglicht und begünstigt haben. Deshalb gehört die Entscheidung über die Managervergütung in erster Linie in die Hände der Eigentümer.

Die **Aufsicht über Banken und die Kapitalmärkte** muss auf nationaler und internationaler Ebene verbessert werden. Das gilt auch und gerade für Banken mit staatlicher und kommunaler Beteiligung; denn diese haben erheblichen Anteil an der Verursachung der Finanzkrise.

Aber: Die Regelung der Finanzmärkte darf **nicht als Vorwand für höhere Steuern und weitere Staatsverschuldung** dienen.

### III. Europa...

ist die Basis unseres Friedens und Wohlstandes. Dies gilt es zu bewahren und zu vertiefen. Ein **starkes Europa ist daher gut für Deutschland**. Das gilt ganz besonders auch für die Herausforderung durch andere sich in der Welt abzeichnende „Wirtschaftsgroßmächte“, insbesondere in Asien und Mittel- und Südamerika. Deshalb begrüße ich die Pläne für ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten.

Eine dauerhafte Subventionierung anderer europäischer Staaten lehne ich aber ab, weil sie den Anreiz zu eigenverantwortlichem Wirtschaften zerstört. Deshalb unterstütze ich die Einführung eines **Insolvenzverfahrens für Staaten**.

### V. Soziale Gerechtigkeit...

bedeutet zunächst: **Arbeit muss sich lohnen!** Denn Vollbeschäftigung ist die beste Sozialpolitik. Aber man muss auch von seiner eigenen Hände Arbeit leben können. Im Einzelfall kann deshalb die Festlegung branchen- und regionalspezifischer **Lohnuntergrenzen** sinnvoll sein. Aber: Ein Mindestlohn, der nicht überwacht werden kann, weil die Begünstigten anschließend neben Transferleistungen schwarz arbeiten, ist abzulehnen; denn wir wollen nicht neben jeden Sozialleistungsempfänger einen Polizisten stellen.

Die **Gleichbehandlung von Frauen und Männern** in der Arbeitswelt muss auch tatsächlich verwirklicht werden. Quoten sind dafür aber ungeeignet, weil sie das eigentliche Problem - die fehlende Vereinbarkeit solcher Positionen mit Familie - nicht beseitigen: Sie sind eine „Mogelpackung“, weil von ihnen 100 deutsche Frauen profitieren, die eigentlichen Probleme von vielen Millionen Frauen und Männern, Arbeit und Familie zu vereinbaren, aber nicht gelöst werden. Leitungsfunktionen in der Wirtschaft - und nicht nur dort - müssen daher für Frauen und Männer stärker familienkompatibel ausgestaltet werden.

Die **steuerliche Förderung der Familie** ist zudem durch ein Familiensplitting neben dem Ehegattensplitting zu ergänzen. Jedenfalls sind Kinderbetreuungskosten als vollständig steuerlich abzugsfähig auszugestalten. Zudem müssen die Möglichkeiten der Heimarbeit (einschließlich der steuerlichen Abzugsfähigkeit häuslicher Arbeitszimmer bei kinderbedingter Heimarbeit) verbessert werden. Und schließlich müssen private Initiativen zur Kinderbetreuung (einschließlich privater KiTas) stärker gefördert werden.